Bezugspreis
in Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 81. Halle, Dienstag, den 18. Februar. 1919.

Wichtige Beratungen in Weimar.

Die Stellung des Grafen Brockdorff-Rantzau. — Berner Kongreßsozialisten überreichen Clemenceau ihr Programm. — Ausdehnung der bolschewistischen Arbeiterbewegung in England.

Ein schwarzer Tag.

Der Draht meldete bereits gestern, daß Graf Brockdorff-Rantzau die Einreichung seines Entlassungsgesuches aebsichtige. Nach seiner letzten Rede, die neue Bahnen einschlug und aus dem alten, bisher üblichen Rahmen herausfiel, die auch von einem gewissen demokratischen Geist getragen war, mußte diese Nachricht mit Bedauern aufgenommen werden. Wir fragen uns: Wie ist die Brockdorff-Krise so plötzlich entstanden? Es dürfte richtig sein, daß diese Krise durch die Annahme der neuen, von Foch präsentierten Waffenstillstandsbedingungen durch die deutsche Regierung hervorgerufen ist, auch wenn hier oder da eine andere Lesart verbreitet wird. Man muß sich in unserer schnellebigen Zeit erinnern, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vor der Annahme der Bedingungen Erklärungen abgegeben hatte, die beim besten Willen mit der am Sonntag erfolgten Unterwerfung unter den Willen der Entente nicht unter einen Hut zu bringen sind. Deshalb war es auch wohl kein Zufall, daß das für Erzberger nach Trier bestimmte Telegramm von dem Ministerpräsidenten Scheidemann und nicht von dem Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten unterzeichnet war. Noch in seiner Rede in der Nationalversammlung hatte Graf Brockdorff bezüglich Polens erklärt: „Wir anerkennen ohne Zweideutigkeit und Umschweife das Recht der Polen und der Dänen innerhalb des Deutschen Reiches auf Selbstbestimmung, aber bis die Friedenskonferenz entschieden hat, welche Gebiete unzweifelhaft polnisch sind, dulden wir auf Reichsgebiet nicht die Etablierung einer fremden Obrigkeit und Truppenmacht. Unsere Einwilligung in das Selbstbestimmungsrecht aller Völker umschließt zugleich den schärfsten Protest dagegen, daß irgend ein Nachbar unsere Niederlage und Schwäche zu Vergewaltigungen deutscher Grenzgebiete ausnutzt." Verschärft wurde die Situation noch durch die Note, die Graf Brockdorff am 11. Februar den Alliierten zukommen ließ. In dieser Note war der deutsche Standpunkt durch die folgenden Worte noch schärfer zum Ausdruck gekommen:

„Die deutsche Regierung vermag auch nicht anzuerkennen, daß es innerhalb der Reichsgrenzen schon jetzt polnische Behörden und ein von ihr unabhängiges öffentliches Leben gibt. Sie ist entschlossen, die Verpflichtung unverbrüchlich zu halten, die sie durch Anerkennung der Wilsonschen Grundsätze gegenüber den Bewohnern unzweifelhaft polnischer Gebietsteile des Reiches übernommen hat. Sie kann es aber nicht dulden, daß Reichsangehörige polnischen Stammes die Durchführung jener Verpflichtung durch gewaltsame Loslösung deutscher Gebietsteile zu erzwingen suchen. Ihrerseits hat die deutsche Regierung nie beabsichtigt, mit Gewalt gegen die Reichsangehörigen polnischen Stammes vorzugehen. Es ist bekannt, daß es polnische Bewohner der ostpreußischen Provinzen gewesen sind, die unter teilweisem Bruch des Fahneneides die Waffen gegen die Regierung erhoben und Staatsbehörden abgesetzt haben. Gegen solche staatsaufrührerische Angriffe vorzugehen muß sich die deutsche Regierung solange vorbehalten, bis alle bewaffneten polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet entfernt sind. Ueber die endgültige Zugehörigkeit der Gebiete, die Marschall Foch als Deutsch-Polen bezeichnete, wird erst der Friedensvertrag entscheiden. Bis dahin lehnt Deutschland eine Weisung seiner Gegner über das Verhalten seiner Behörden in diesem Gebiete ab."

Man wird es verstehen können, daß derjenige, der diese mannhaften Worte sprach, welche in ganz Deutschland Genugtuung auslösten, zum Rücktritt geneigt ist, nachdem durch die Unterwerfung unter die diktierten Bedingungen der Entente die früheren mündlichen und schriftlichen Erklärungen über den Haufen geworfen und zerrissen worden sind. Aber andererseits dürfte Graf Brockdorff-Rantzau dadurch gedeckt sein, daß er seine verschiedentlichen Erklärungen nicht ohne die Deckung durch die Regierung abgegeben hat. Wirkungen, die sich bezüglich seiner Person bemerkbar machen, müßten sich infolgedessen auch gegenüber der Gesamtregierung zeigen.

Davon aber kann wohl deshalb keine Rede sein, weil sich die Regierung einem Gegner gegenüber befindet, der keine Rücksicht kennt, der skrupellos handelt und in brutalster Weise vorgeht. Bei der ungeheuer großen Verantwortung, die die Regierung mit der Ablehnung der neuen Ententebedingungen hätte auf sich nehmen müssen, ist es verständlich, wenn sie früher abgegebene Erklärungen unbeachtet ließ. Durch die gestrige Sitzung der Nationalversammlung haben wir schließlich noch erfahren müssen, daß das Verlangen der Entente noch viel weiter ging. Sie wollte außer der Provinz Posen auch noch die Räumung Oberschlesiens fordern und, wie im Westen den Rhein, so im Osten die Oder zur Grenze des Deutschen Reiches machen. Das war eine so ungeheuerliche Forderung, daß die Aeußerung Erzbergers, auf einer solchen Grundlage könne er nicht verhandeln, nur zu berechtigt war. Von dieser Forderung ist man schließlich abgegangen. Und weiter hat Erzberger auch insofern einen Erfolg erzielt, als den Polen gleichzeitig die „Anordnung" zuging, daß sie über die Demarkationslinie nicht vorwärts stoßen dürften.

Ein schwarzer Tag . . . Ein Schmerzensschrei wird durch unser Vaterland gehen, wenn die Kunde bekannt wird, daß die Entente sich immer noch nicht zur Herausgabe der Kriegsgefangenen verstehen will. Nur wenige tausend Gefangene, die krank sind, sollen in absehbarer Zeit ihr Vaterland wiedersehen. Alle anderen, die vielen Hunderttausende deutscher Männer, sollen weiter als moderne Sklaven in fremder Gefangenschaft schmachten, und wir wissen nach wie vor nicht, wann sie ihre langentbehrte Heimat wiedersehen werden. Und was fast noch trauriger stimmen muß, ist, daß der Menschheitsapostel von jenseits des Ozeans, daß Wilson den brutalen Ententebeschlüssen seine Zustimmung erteilt hat, wie einer der fremden Dolmetscher in Trier ausdrücklich bemerken zu müssen glaubte. Unter dem tiefen Eindruck der Mitteilungen Erzbergers vertagte sich gestern die Nationalversammlung. Wir meinen: Sie muß sich jetzt, nachdem auch die letzte vermeintliche Stütze des geschlagenen Deutschen Reiches, die vielfach in Wilson erblickt wurde, weil er anscheinend für Gerechtigkeit und Menschlichkeitssinn eintrat, zusammengebrochen ist, darüber klar werden, wie weit Deutschland gehen darf. Die Nationalversammlung als die Gesamtvertretung des deutschen Volkes muß der Regierung ihre Verantwortung erleichtern. Sie muß klipp und klar zu erkennen geben, bis wie weit die Regierung in ihrer Nachgiebigkeit gehen darf, wenn Marschall Foch wieder einmal in wenigen Stunden eine Entscheidung verlangt. Die skrupellose Art des Auftretens der Ententevertreter zwingt geradezu zu der Annahme, daß es auf völligen Ruin Deutschlands abgesehen ist, obwohl dieser doch auch nicht im Interesse unserer Gegner liegen kann. Daß uns von außen her irgendwelche Unterstützung zuteil werden könnte, dürfen wir nicht hoffen. Die neutralen Mächte, die so oft und gern protestierten, wenn im Verlaufe des Krieges ein vermeintlich deutscher Uebergriff zu verzeichnen war, haben längst die Sprache gegenüber dem gewalttätigen Auftreten der Entente verloren. Deutschland ist auf sich selbst gestellt. Es muß sich in seiner vom Volke gewählten Vertretung klar werden darüber, wann die Stunde geschlagen hat, in der es heißen muß: Wir tun nicht mehr mit! Wenn wir alles verlieren, unsere Ehre wollen wir behalten. Und um der Erhaltung unserer Ehre willen muß feststehen, wann die Worte gesprochen werden müssen: Lieber tot als Sklav'!

C. H.

Erzbergers Mitteilungen in der Nationalversammlung.

Die schweren Stunden in Trier. — Die verschwundenen Telegramme. — Wilsons Zustimmung. — Auch Oberschlesien sollte geraubt werden. — Die Frage der Kriegsgefangenen.

(Eigener Bericht unseres nach Weimar entsandten Sonderberichterstatters.)

Weimar, 17. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort

Ministerpräsident Scheidemann:

Es ist gestern ein

neuer Abschluß des Waffenstillstandes

erfolgt. Wir hatten die Absicht, daß erst morgen gleichzeitig mit der Beantwortung der Interpellation Heinze über diesen neuen Abschluß berichtet werden sollte. Ich finde den Wunsch aber durchaus verständlich, bereits heute Einiges darüber zu hören. Ich habe mich deshalb mit dem Minister Erzberger in Verbindung gesetzt und ihn gefragt, ob er, wenngleich er erst heute morgen von der strapaziösen Reise zurückgekehrt sei, trotzdem in der Lage sei, uns darüber Mitteilungen zu machen. Der Reichsminister Erzberger hat sich dazu bereiterklärt. Ich schlage also dem Hause vor, seinen Bericht entgegenzunehmen und weiter damit einverstanden zu sein, daß morgen die Interpellation Heinze beantwortet wird. Das Haus stimmt zu.

Reichsminister Erzberger:

Das hohe Haus hat ein Recht, den Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens alsbald von mir zu erfahren und im Anschluß daran erläuternde Bemerkungen dazu von mir entgegen zu nehmen. Das gestern abend um ½7 Uhr unterzeichnete Abkommen hat folgenden Wortlaut:

Der Minister verliest den Wortlaut des Zusatzabkommens, in welchem im ersten Punkte die unverzügliche Einstellung aller deutschen Offensivbewegungen in den östlichen Landesteilen festgesetzt und die Ueberschreitung einer gewissen genau bestimmten Demarkationslinie untersagt wird, wobei die alliierten Mächte sich das Recht vorbehalten, den Waffenstillstand mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen, wonach drittens die noch schwebenden Abkommensverhandlungen bezw. die Verhandlungen über noch unvollständig verwirklichte frühere Abmachungen fortgesetzt und zum Abschluß geführt werden sollen.

Ich wünsche den einzelnen Mitgliedern dieses Hauses nicht, daß sie in ihrem Leben

die schweren Stunden durchmachen

mußten, wie es mir in Trier beschieden war. Die Frage: kann ein Waffenstillstand mit diesen Bedingungen überhaupt angenommen werden, oder ist es nicht besser, man fügt sich dem Diktat von Marschall Foch?, das war die Frage, die zu beantworten wir in Trier ebenso verpflichtet waren, wie die Reichsregierung in Berlin. Eine große technische Schwierigkeit stellte sich der raschen Beantwortung dadurch in den Weg, daß die Depeschen, die von mir alsbald am Freitag abend aufgegeben worden sind,

auch bis jetzt unerklärlicherweise bis Sonnabend nachmittag nicht in den Händen der Regierung

in Weimar und Berlin gewesen sind. (Hört! hört!) Ich verlangte infolgedessen von Marschall Foch eine Fristverlängerung von 24 Stunden. Diese Fristverlängerung wurde abgelehnt mit dem Bemerken, wenn bis Sonntag abend 6 Uhr der Waffenstillstand nicht verlängert sei, Foch sofort seine Befehle an seine Truppen geben würde und der ganze Waffenstillstand am heutigen Vormittag 5 Uhr sein Ende erreiche. Gleichzeitig ließ er uns wissen, daß er nicht in der Lage sei, irgend etwas an den mir mitgeteilten Abmachungen zu ändern, oder sie zu verbreitern, denn die Bedingungen seien festgesetzt von den Chefs der alliierten und assoziierten Regierungen und sein Dolmetscheroffizier teilte ausdrücklich mit, daß

auch Präsident Wilson ausdrücklich diese Bedingungen genehmigt

habe. (Große Bewegung und hört! hört!) Dadurch sei dem Tätigkeitsraum der Kommission eine enge Grenze gezogen. Trotzdem haben wir versucht, eine

Reihe von Milderungen durchzusetzen.

Von einer Ausnahme abgesehen, die sich auf eine anderweitige Abgrenzung gegenüber Polen bezieht, ist uns dies zu unserem lebhaftesten Bedauern nicht gelungen. Nach den mir am Freitag nachmittag überreichten Bedingungen und nach der Karte, die ich auf den Tisch des Hauses niederlege, sollte das von uns zu räumende bezw. nicht zu überschreitende Gebiet im Süden

die Oder entlang gehen, ganz Oberschlesien umfassend.

Ich habe sofort erklärt, daß auf der Grundlage dieser Vorschläge von den deutschen Unterhändlern nicht verhandelt werden könne, denn alle diese Gebiete seien nicht, wie Marschall Foch irrtümlich annehme, von Polen besetzt. Es fand eine Aussprache der beiderseitigen militärischen Sachverständigen statt, die dazu geführt hat, daß sowohl der Norddistrikt wie Bromberg nicht in das Gebiet einbezogen wird, als auch Oberschlesien aus dem Gebiet ausgeschaltet bleibt.

Mehr war angesichts der Verhältnisse nicht zu erreichen.

Die Forderung, daß die deutsche Stadt Birnbaum nicht von uns geräumt werden müsse, wurde abgelehnt, ebenso bezüglich Bentschen; wir haben nur das eine erreicht, daß der Bahnhof Bentschen von unseren Truppen nicht geräumt werden muß. Die Alliierten haben ihrerseits die Verpflichtung übernommen, zu gewährleisten, daß auch die Polen sich strikte an die verabredete Linie halten sollen. Die Bemühungen, zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190218011/fragment/page=0001

Schutze der Deutschen

in allen diesen Gebieten Bestimmungen in den Waffenstillstandsvertrag aufzunehmen, waren erfolglos. Foch hat nur in Aussicht gestellt, daß er sich bemühen werde, für eine Lösung der Frage in unserem Sinne in der interalliierten Konferenz einzutreten. Er erklärte, daß das ganze Abkommen in seinem ersten Artikel ein rein militärische Maßnahme darstelle und keinerlei politische Folgewirkungen nach sich ziehen könne, daß also auch durch die Abgrenzung dieser Gebiete in keiner Weise der Erwägung des 13. Punktes des Wilsonschen Programms vorgegriffen werden solle. Es bleibe den künftigen Verhandlungen überlassen, daß an den von uns geräumten Gebieten ein genügender Schutz gewährleistet wird. Wichtig ist, daß nach den Versicherungen der Alliierten auch die Polen

jede militärische Offensivbewegung gegen Deutschland einzustellen

haben.

Artikel 2 enthält die Fristfestsetzung, wobei die Alliierten sich das Recht einer dreitägigen Kündigung vorbehalten haben. Mein Antrag, das Wort „kurze" vor „Zeitdauer" zu streichen, wurde von Marschall Foch abgelehnt. Auf meine weitere Frage, ob der Ausdruck gewählt worden sei, weil man hoffe, in kurzer Frist zu einem Präliminarfrieden zu kommen, antwortete Foch:

„Ich denke, ich vermute es!"

Wie ich Ihnen mitteilen kann, wird in diesen Tagen in Paris über diese Frage eine Besprechung stattfinden. Die Verhandlungen in Spa haben sich in der letzten Zeit vielfach so zugespitzt, daß Vertreter der Alliierten verlangten, daß sie das alleinige ausschließliche Recht über die Auslegung der Verträge zu bestimmen haben. (Hört! hört!) Angesichts dieser neuen Forderungen habe ich es für richtig gehalten, über diese Frage eine Klärung herbeizuführen und nach längerer Debatte ist festgestellt worden, daß an dem bisherigen Verhältnis in Spa, Gleichberechtigung gegenüber den Alliierten, nichts geändert werden soll und daß deshalb keine neuen Erschwerungen eintreten werden. Ich habe das Vertrauen, daß Marschall Foch

sein gegebenes Wort in Trier offenund loyal einhält.

Unsere Gegenvorschläge will ich nicht in allen Einzelheiten mitteilen. Da Marschall Foch erklärte, nicht in der Lage zu sein, irgend eine wesentliche Aenderung an dem Entwurf der Alliierten zu vollziehen, habe ich Marschall Foch eine Note mit unseren deutschen Vorschlägen, die sich insbesondere auf die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen beziehen, überreicht mit der Bitte, diese Note den alliierten Regierungen zu unterbreiten. Marschall Foch hat sich bereit erklärt, diese Note bereits heute dem Obersten Kriegsrat der Alliierten zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Zu meinem Bedauern ist es

nicht gelungen, irgend welche endgiltige Zusagen über die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen

zu erlangen. (Bewegung im Hause). Die Antwort des Marschalls Foch ging dahin, daß die alliierten Regierungen einen Beschluß über die sofortige Freigabe unserer Gefangenen nicht herbeigeführt hatten, daß aber Frankreich bereit sei,

2000 kranke und schwerverletzte Kriegsgefangene alsbald in die Heimat zu entlassen,

auch England würde 2000 nachhause senden. Darauf erwiderte ich, daß diese Antwort in Deutschland mit tiefster Trauer und begründeter Entrüstung aufgenommen werden würde (Allseitige Zustimmung). Wenn von 800 000 Gefangenen ganze 4000 zurückgegeben werden, so könne das als eine wohlwollende Behandlung der deutschen Forderung nicht angesehen werden (Allseitige Zustimmung). Die Vertreter der Alliierten

drängten zum Abschluß des Abkommens.

Auf meine Anfrage erhielt ich von der Regierung den Auftrag, das Abkommen zu unterzeichnen, aber vorher dem Marschall Foch folgende Erklärung zu übergeben. Der Reichsminister Erzberger verliest die bereits veröffentlichte Protestnote der Deutschen Regierung. Diese deutsche Erklärung wurde vor der Unterzeichnung des Abkommens Marschall Foch übergeben und von ihm angenommen. So ist damit also nach unserem Standpunkt

als ein Teil des Waffenstillstandsabkommens

anzusehen. Das ist die wenig erfreuliche traurige Botschaft, die ich aus Trier heute zu bringen habe. Die Welt weiß, das Deutschland einen neuen Krieg nicht führen will und führen kann. Wenn man uns auch wehrlos machen kann, ehrlos darf man uns nicht machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident Fehrenbach: Wir alle stehen

unter dem Eindruck der Mitteilung,

die uns Minister Erzberger über die schmerzlichen Verhandlungen in Trier gemacht hat. Das ganze deutsche Volk ist von schwerer Sorge über dieses Waffenstillstandsabkommen und seine Folgen erfüllt. Unter diesen Umständen wäre es angezeigt, wenn wir jetzt unmittelbar nach diesen so überaus schmerzlichen Mitteilungen die politische Aussprache von Sonnabend fortsetzen würden, und ich schlage deshalb vor, für heute darauf zu verzichten. Auch der preußische Minister und der Kriegsminister, die sich zum Worte gemeldet haben, haben sich entschlossen, ihre Reden auf später zu verschieben.

Das Haus erklärt sich mit dem Vorschlag des Präsidenten einverstanden. Präsident Fehrenbach schlägt vor, am Dienstag die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Waffenstillstandsverhandlungen zu erledigen und sie mit einer allgemeinen Besprechung über das neue Abkommen zu verbinden. Die Fortsetzung der Aussprache von Sonnabend soll am Mittwoch erfolgen. Das Haus erklärt sich auch damit einverstanden. Die Sitzung am Dienstag beginnt um 2 Uhr.

Wie die deutschen Unterhändler von Foch behandelt wurden.

Im Salonwagen des Marschalls. — Die Erpressung in kürzester Zeit. — Für die Freilassung der deutschen Gefangenen. — Das Schicksal der deutschen Handelsflotte.

Berlin, 15. Februar. Um einen Einblick zu geben in die Art und Weise, wie die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes vor sich gingen, dürfen folgende Mitteilungen, die nur skizzieren, aber keinen Anspruch auf wörtliche Vollständigkeit machen, von Interesse sein:

Trier, 14. Februar 1919, 3 Uhr nachmittags. Im Salonwagen des Marschalls Foch. Anwesend Marschall Foch, sein Generalstabschef General Weygand, Admiral Browning mit zwei englischen Kapitänen, Dolmetscheroffiziere Parche, Reichsminister Erzberger, Generalmajor Freiherr v. Hammerstein, Gesandter v. Haniel, Kapitän z. S. Vanselow.

Reichsminister Erzberger stellt die beiden neuen deutschen Delegierten, Generalmajor v. Hammerstein und Gesandten von Haniel vor.

Marschall Foch: Der Zweck unserer Zusammenkunft ist die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens. Die alliierten Regierungen haben nicht zugestimmt, das Waffenstillstandsabkommen bis zum Präliminarfrieden zu verlängern. General Weygand wird die neuen Bedingungen für die Verlängerung in Form einer Note und außerdem noch einige Ergänzungen in Form eines Zusatzabkommens vorlesen.

General Weygand verliest die Note über die Erneuerung des Waffenstillstandsabkommens und dann das bereits veröffentlichte Zusatzabkommen.

Reichsminister Erzberger: Die Note des Marschalls Foch werde ich schriftlich beantworten. Auf die neuen Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens kann ich überhaupt keine Antwort geben.

Es sind Bedingungen von so ungeheurer Tragweite, daß die deutsche Regierung und die Nationalversammlung das letzte Wort

sprechen müssen. Ich behalte mir vor, heute abend abzureisen und im Plenum der Nationalversammlung persönlich einen Bericht über die neuen Bedingungen und über meine Auffassung vorzutragen.

Marschall Foch: Ich mache auf den Termin aufmerksam, zu welchem der Waffenstillstandsvertrag abläuft. Ich muß rechtzeitig den Befehl an meine Truppen ergehen lassen. Ich muß mich an die Zeit halten. Ich erwarte rechtzeitig eine Antwort.

Reichsminister Erzberger: Die Zeit ist zu kurz. Ich lehne jede Verantwortung für die kurze Zeit ab. Das

Verschulden liegt einzig und allein bei der Entente.

Ich habe bereits Anfang Februar anfragen lassen, ob die alliierten Regierungen das Waffenstillstandsabkommen, wie es im Vertrag vorgesehen war, bis zum Abschluß des Präliminarfriedens verlängern wollten. Die Antwort der alliierten Regierungen lautete: Nein. Darauf habe ich vorgeschlagen, am 12. Februar hier in Trier die Verhandlungen beginnen zu lassen. Das Oberkommando der Alliierten hat uns tagelang ohne Antwort gelassen. Erst gestern, am 13. Februar vormittags, erhielt ich in Weimar die Nachricht, daß die Verhandlungen heute am 14. Februar, 3 Uhr nachmittags, zu beginnen hätten.

Marschall Foch: Die zur Verfügung stehende Zeit ist ausreichend.

Reichsminister Erzberger: Ich nehme Notiz von dieser Mitteilung und erkläre meinerseits: Die Zeit ist zu kurz. Auf alle Fälle nehme ich hiermit Gelegenheit, die deutsche Auffassung über den derzeitigen Stand der Waffenstillstandsverhandlungen ausführlich darzulegen. (Reichsminister Erzberger hält dann die bereits veröffentlichte längere Ansprache.)

Foch: Ich nehme Akt von den Erklärungen des Reichsministers Erzberger. Meine Antwort wird kurz sein: Wir leben nicht im Frieden,

noch herrscht der Kriegszustand

zwischen uns. Infolgedessen ist ein freier Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet nicht möglich. Zur Kriegsgefangenenfrage habe ich zu erklären: Reichsminister Erzberger hat einen neuen Brief an mich gerichtet. Auf dies Schreiben habe ich heute durch ein Schreiben geantwortet, welches ich die Ehre habe, Ihnen hierdurch zu überreichen. Zu Ihren Beschwerden über die zu Unrecht erfolgte Verhaftung von Werftdirektoren und anderen Persönlichkeiten, welche von der deutschen Heeresverwaltung maschinelle Einrichtungen aus den besetzten Gebieten erworben haben, überreiche ich Ihnen meine Antwort ebenfalls in Form eines Briefes.

Reichsminister Erzberger: Beide Briefe enthalten leider nur

eine Ablehnung wohlbegründeter Wünsche.

Zur Verhaftung der Werftleiter und industriellen Direktoren habe ich zu erklären: Alle die Männer sitzen unschuldig im Gefängnis.

Foch: Ich habe keine Verpflichtung übernommen und kann den Lauf der Justiz nicht aufhalten.

Reichsminister Erzberger: Herr Marschall, Sie haben erklärt, wenn sich herausstellt, daß die Verhaftungen nur wegen des Ankaufs von Heeresgerät aus den Händen der Heeresverwaltung erfolgt sind, so würden Sie den Sachverhalt prüfen.

Foch: Ich wiederhole, ich kann in den Lauf der Justiz nicht eingreifen.

Reichsminister Erzberger: Aber Sie können die Verfügungen, auf die die Justiz sich stützt, einfach aufheben. Das genügt. Denn wenn die Verfügungen aufgehoben sind, kann niemand mehr verhaftet werden. Ich wiederhole: Alle diese Verhafteten haben nichts Strafbares begangen. Ich fordere Gerechtigkeit. Die Prüfung der einzelnen Fälle kann gar nicht schnell genug vollzogen werden.

Foch: Eine Prüfung sage ich zu.

Reichsminister Erzberger: Ich komme nun zur Antwort auf meinen Brief

über die deutschen Kriegsgefangenen.

Da habe ich nur zwei Worte: Trauer und Entrüstung. Herr Marschall! Von 800 000 deutschen Kriegsgefangenen geben Sie dem deutschen Volk ganze 4000 kranke und schwerverwundete zurück. Eine solche niederdrückende Antwort hätte auch der schlimmste Pessimist in Deutschland nicht voraussagen gewagt.

Foch: Ich formuliere nur den Beschluß der alliierten Regierungen.

Erzberger: Für das deutsche Volk ist es ganz gleichgültig, auf wessen Beschluß diese Antwort beruht. Das deutsche Volk fragt nicht danach, wer die Verantwortung für diese Barbarei trägt. Ich erwarte auf das allerbestimmteste, daß mit der Rückkehr dieser 4000 Allerelendesten unserer Kriegsgefangenen

die Rückgabe nicht beendet

ist. Sie können und dürfen sich nicht auf diese 4000 beschränken. Ich erkläre, ich sehe die Rückkehr dieser 4000 nur als einen bescheidenen Anfang an.

Foch schweigt.

Erzberger: Ich stelle nunmehr den Entwurf für den Abschluß der neuen Waffenstillstandsbedingungen zur Aussprache. Ich erhebe die Frage: Welches ist der Sinn der ersten Forderung?

Foch: Das Oberkommando der Alliierten hat der deutschen Delegation eine Karte überreicht. Sie enthält eine grüne Demarkationslinie. Innerhalb dieser grünen Demarkationslinie darf kein deutscher Angriff gegen die Polen stattfinden.

Erzberger: Wenn aber die Polen uns angreifen?

Foch: Dieselbe Weisung ist nach Warschau ergangen.

Erzberger: Innerhalb der vorgeschriebenen Demarkationslinie sind hochwichtige, von den Polen heute noch gar nicht besetzte Gebiete. Ich verweise z. B. nur auf Oberschlesien. Was soll dort geschehen?

Foch: Jede Partei hat ihre Truppen dort zu lassen, wo sie heute stehen.

(General v. Hammerstein zeigt die gegenwärtige Stellung der deutschen und der polnischen Truppen in der vom Oberkommando der Alliierten überreichten Karte.)

Erzberger: Der Sinn der Bestimmungen ist also der, daß innerhalb der Grenzen der grünen Demarkationslinie von heute ab alle Truppen stehenbleiben müssen, wo sie heute abend um 6 Uhr stehen.

Foch: Ich schlage vor, daß die Einzelheiten von den Generalen Weygand und Hammerstein auf Grund der vom Oberkommando der Alliierten überreichten Karte in einer besonderen Besprechung festgelegt werden.

Erzberger: Damit bin ich einverstanden.

(Auf Grund der zwischen den beiden Generalen nachher abgehaltenen Besprechung ergibt sich, daß die Demarkationslinie östlich von Ost- und Oberschlesien gezogen wird, daß also Ost- und Oberschlesien nach wie vor als unzweifelhaft deutsches Gebiet anerkannt werden, ferner daß die Frage der Regierungsgewalt innerhalb des von der Demarkationslinie östlich begrenzten Gebiets durch das Waffenstillstandsabkommen nicht geregelt wird. Den Schutz der Deutschen östlich der Demarkationslinie übernimmt die Internationale Kommission in Warschau. Durch die Demarkationslinie soll aber dem Frieden nicht vorgegriffen werden.)

Admiral Browning: Eine Depesche aus Hamburg benachrichtigt mich,

die deutschen Schiffe fahren nicht aus.

Ich bitte die deutsche Delegation um Mitteilung, ob das stimmt.

Erzberger: Die deutsche Regierung vertritt klar und energisch den Standpunkt, daß die drei während der letzten Waffenstillstandsverhandlungen in Trier getroffenen Abkommen, nämlich das Ernährungsabkommen, das Schiffahrtsabkommen und das Finanzabkommen, ein einheitliches Ganzes bilden. Nur bei vollkommener Klarheit über die Ausführbarkeit aller dieser drei Abkommen ist

an eine Ausfahrt unserer Handelsflotte zu denken, sonst nie.

Wenn nunmehr die Abfahrt sich verzögert, so sind nur die Alliierten daran schuld. Bis heute hat die Entente nicht einmal die Charter- und Poolbedingungen mitgeteilt. Im Gegenteil, die Entente hat verlangt, daß nicht nur die bis jetzt seefähigen Schiffe in die Weltschiffahrtsgemeinschaft eingegliedert werden, sondern sie verlangt auch die Mitwirkung aller noch im Bau begriffenen Schiffe. Sie will ferner die im ursprünglichen Trierer Schiffahrtsabkommen getroffenen Maßnahmen nur provisorisch gelten lassen, so daß sie jederzeit zurückgezogen werden können.

Admiral Browning: Die Vereinbarungen im einzelnen kenne ich nicht. Ich weiß nur, die Frachtraten werden von den alliierten Regierungen festgesetzt.

Erzberger: Gewiß, aber die endgültige Regelung war doch einem Sonderabkommen vorbehalten, und an der Spitze des Schiffahrtssonderabkommens steht das Recht Deutschlands auf einen deutschen Delegierten, der bei allen Entscheidungen gleichberechtigt mitwirken muß.

Foch: Es heißt ausdrücklich, daß der Ententedelegierte assistiert wird (assistè).

Erzberger: Stimmt, genau wie es im Vertrag von Compiegne hieß, daß Marschall Foch assistiert wird von Admiral Wemyß. Nun hat aber der Admiral Wemyß alle Schiffahrtsfragen allein behandelt, und in demselben Sinne fassen wir die Kompetenzen des deutschen Delegierten in London auf.

Foch: Mir aber steht eine größere Machtvollkommenheit zu als Admiral Wemyß.

Erzberger: Mag sein, in der Tat aber hat in allen Seefragen der Admiral Wemyß allein entschieden. Wir erheben nicht den Anspruch, daß der deutsche Delegierte über englische oder amerikanische Schiffe entscheiden soll. Wir bleiben aber dabei, daß

der deutsche Delegierte das entscheidende Wort

über die deutschen Schiffe zu sprechen und die Kontrolle über die deutschen Schiffe auszuüben hat.

Foch: Die Kontrolle wird in London ausgeübt, die Ausführung liegt in Spaa.

Erzberger: Ausgezeichnet, gerade deshalb muß der deutsche Delegierte Sitz und Stimme in London haben.

Foch und Browning: Wir verweisen auf die von uns heute überreichte Note.

Erzberger: Wir werden die Note beantworten.

Foch: Bis Sonntag mittag 12 Uhr muß ich die Antwort haben.

Erzberger: Da mache ich einen Vorbehalt. Ich weiß in diesem Augenblick noch nicht, ob ich eine vorläufige Antwort erteilen werde, oder ob ich nach Weimar fahre. Darüber behalte ich mir die Entscheidung vor.

Graf Brockdorff-Rantzau bleibt vorläufig im Amte.

Auch andere Mitglieder der Regierung für Ablehnung der Vorschläge Fochs?

Weimar, 17. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Zu den hier und in Berlin verbreiteten Gerüchten über den Rücktritt des Ministers des Auswärtigen Grafen Brockdorff-Rantzau erfahren wir hier an zuständiger diplomatischer Stelle folgendes: Graf Brockdorff-Rantzau hat in der gestrigen Kabinettssitzung sein Portefeuille der Regierung tatsächlich zur Verfügung gestellt, doch ist er vom Reichsministerium gebeten worden, sein Amt vorläufig weiterzuführen. Das Ergebnis der Beratungen der Regierung am heutigen Vormittag ist bisher, daß Graf Brockdorff-Rantzau im Amt bleibt. Ob sein Verbleiben auf die Dauer möglich sein wird, hängt davon ab, ob das Kabinett gewisse Garantien, die Graf Brockdorff-Rantzau verlangt hat, geben wird. Unter diesen Garantien wäre wohl in erster Linie zu verstehen, daß die Waffenstillstandskommission in weitgehenderem Maße als bisher dem Auswärtigen Amt unterstellt werde. Bekanntlich ist die Annahme der erneuten Waffenstillstandsbedingungen letzten Endes durch die Ansicht und die Zustimmung der Parteiführer herbeigeführt worden, und zwar deswegen, weil diese erklärten, das deutsche Volk sei auf eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht genügend vorbereitet. Wie wir zu wissen glauben, war außer dem Minister des Auswärtigen das eine oder andere Mitglied der Regierung der Ansicht, man müsse die neuen Bedingungen des Marschalls Foch ablehnen.

Kein Grund für einen Rücktritt.

WTB. Weimar, 17. Februar. Verschiedene Blätter bringen die Meldung, daß Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau wegen einer abweichenden Ansicht in der Beratung der letzten Waffenstillstandsbedingungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190218011/fragment/page=0002

sein Portefeuille zur Verfügung gestellt habe. Es ist richtig, daß zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen einerseits und der Mehrheit der Koalitionsmitglieder und der herangezogenen Parteiführer anderseits in dieser Frage eine Meinungsverschiedenheit besteht. Hinreichend begründeter Anlaß zum Rücktritt des Ministers ist durch diese Meinungsverschiedenheit nach Ansicht der Regierung aber nicht gegeben.

Glückwünsche an Ebert.

Eine Antwort an die deutsch-österreichische Gesandtschaft.

WTB. Weimar, 17. Febr. Dem Reichspräsidenten Ebert sind zu seiner Wahl Glückwünsche in großer Zahl aus allen Kreisen der Bevölkerung, von Regierungen, Vereinigungen usw. zugegangen. Aus den erteilten Antworten seien als besonders bemerkenswert hervorgehoben: An die deutsch-österreichische Gesandtschaft sandte der Präsident folgendes Antwortschreiben:

„Für die im Auftrage der deutsch-österreichischen Regierung ausgesprochenen Glückwünsche meinen herzlichsten Dank. Ich betrachte diese Glückwünsche als einen Ausdruck der brüderlichen Gesinnung, die Reichsdeutschen und Deutsch-Oesterreichern die Gewähr einer baldigen Vereinigung bietet."

Auf einen Glückwunsch des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten des Bezirks Potsdam antwortete der Präsident folgendermaßen:

„Für die Glückwünsche zu meiner Wahl sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Mit besonderer Freude erfüllt mich Ihr Gelöbnis, daß die Unterbeamten, wie bisher, treu und redlich ihre Pflicht für das Wohl des Vaterlandes erfüllen wollen. Wenn dieses deutsche Volk die Leiden der Kriegszeit überstehen konnte, so hat dazu das treue Ausharren der Beamtenschaft, welche selbst schwere wirtschaftliche Not leidet, wesentlich beigetragen. Ich rechne auch weiterhin auf Ihre hingebende Mitarbeit am Ausbau des neuen Deutschland, in welchem allen Beamten eine gesicherte Lebenshaltung und die Möglichkeit zur besten Verwertung ihrer Fähigkeiten gegeben werden soll."

Die Spartakistenherrschaft im Westen.

Generalstreik in mehreren Städten.

WTB. Mülheim (Ruhr), 17. Febr. Die kommunistische Partei und die unabhängigen Sozialdemokraten proklamierten als Protest gegen den Einmarsch der Regierungstruppen in das Industriegebiet in Mülheim, Oberhausen, Hamborn, Sterkrade und Düsseldorf den Generalstreik. In Mülheim besetzten um 6 Uhr bewaffnete Spartakisten und Leute der Sicherheitswehr die Portale der großen Werke und verwehrten den Arbeitern und Angestellten den Eintritt. Die Spartakisten besetzten außerdem das Telephon- und Telegraphenamt, so daß jeder Telephon- und Telegraphenverkehr unterbunden ist. Die Aufforderung zur Einstellung der Arbeit wird an alle Betriebe gerichtet. Auch die Straßenbahn wird gezwungen, den Dienst einzustellen.

WTB. Mülheim (Ruhr), 17. Febr. Die Spartakisten haben im Laufe des heutigen Vormittags alle größeren und kleineren Betriebe stillgelegt. Auch die Zeitungen wurden am Erscheinen verhindert und das Personal aus den Druckereien entfernt. Um den Zuzug nicht zu unterbinden, hat man sich entschlossen, den Straßenbahnverkehr aufrechtzuerhalten. Von Essen, Düsseldorf und anderen Orten treffen zahlreiche bewaffnete Spartakisten ein, so daß Mülheim als Zentrale der Bewegung anzusehen ist. Ein starker Zug dieser Spartakisten begab sich nach Heroes-Dorsten. Wie behauptet wird, sollen in der vergangenen Nacht die Regierungstruppen von den Spartakisten zurückgetrieben worden sein. Mülheimer Spartakisten brachten Minenwerfer und Geschütze nach Heroes-Dorsten. Der Arbeiterrat erklärte, daß der Generalstreik solange andauern würde, bis die Truppen aus dem Industriegebiet zurückgezogen seien. Die Bergleute auf den Zechen des in Frage kommenden Gebietes haben gleichfalls die Arbeit niedergelegt.

Die Berner Abordnung bei Clemenceau.

Was Clemenceau verspricht.

WTB. Paris, 17. Febr. (Havas.) Die von der sozialistischen Arbeiterkonferenz in Bern ernannte Delegation, die der Friedenskonferenz die dieser Tage angenommene Entschließung übermittelte, wurde am Sonntag von Clemenceau empfangen. Sie setzte sich aus Branting, Henderson, Stuart Bunning, Ramsay Macdonald, Longuet und Renaudel zusammen. Branting faßte die Entschließung in kurzen Worten zusammen und wies auf den Geist, aus dem heraus der Antrag im Hinblick auf einen gerechten, dauerhaften Frieden angenommen sei, hin. Stuart Bunning legte außerdem die Entschließung über den Arbeiterschutz vor. Die Delegation teilte weiterhin Clemenceau den Beschluß der internationalen Sozialistenkonferenz mit, eine Untersuchungskommission nach Rußland zu senden. Clemenceau nahm das Schriftstück entgegen und erklärte, daß er es an das Bureau der Friedenskonferenz weiterleiten würde. Er wies weiter darauf hin, daß zweifellos in einer Anzahl von Punkten eine Uebereinstimmung mit der Friedenskonferenz besteht bestünde, und daß ein Interesse daran bestehen könnte, daß die Delegation in unmittelbare Beziehungen zu der Kommission der Friedenskonferenz trete, die die verschiedenen Punkte zu prüfen hat.

Bolschewistische Unruhen in Birmingham.

Basel, 17. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die Times melden, sind in Birmingham bolschewistische Unruhen ausgebrochen, so daß über die Stadt der Belagerungszustand verhängt wurde. In Glasgow, Manchester und anderen Industriestädten haben sich Arbeiterräte konstituiert und die Bewegung der Arbeiterschaft in die Hand genommen.

Deutsches Reich.

Streik auf westpreußischen Kleinbahnen.

Danzig, 17. Febr. (Priv.-Tel.) Seit gestern mittag ruht auf sämtlichen westpreußischen Kleinbahnen der Verkehr, da die Beamten, Handwerker und Arbeiter in den Ausstand getreten sind. Es handelt sich um die Durchsetzung von Lohnforderungen. Durch die Betriebseinstellung wird die Milchversorgung Danzigs und anderer Städte schwer gefährdet.

Verurteilter ausländischer Spion.

Leipzig, 17. Febr. Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den 1886 geborenen Schlosser Heinrich Hunziker aus Basel zu 3 Jahren Zuchthaus, weil er, während er als Ausländer unter dem Schutze des Deutschen Reiches stand, in Stuttgart, Karlsruhe und anderen Orten Deutschlands dem Feinde als Spion gedient hat. Weil die Tat sich auf den Versuch beschränkt und der Angeklagte ein offenes Geständnis abgelegt hat, wurde von einer härteren Strafe abgesehen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 18. Februar 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, den 17. Februar.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Justizrat Keil, Justizrat Dr. Föhring, Rechnungsrat Borchert, Kaufmann Weschke.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates, wonach er seinen Antrag, ihm die in den städtischen Gebäuden vorhandenen Fahnen in Reichsfarben oder Landesfarben abzuliefern, zurückzieht. Der Herr Vorsteher bemerkt dazu, die Zurücknahme des Antrages sei weise, denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde wohl in der Versammlung keine Neigung bestanden haben, dem Antrage stattzugeben.

Weiter liegt eine erneute Eingabe des Herrn Kapellmeisters Rohland vor, der sich darüber beklagt, daß er über seinen Schadenersatzanspruch wegen der bei dem bekannten Aufruhr zerschlagenen Musikinstrumente vom Magistrat noch keine Antwort habe. Er bittet um einen Entschluß der Stadtverordneten, da er es nicht für angängig hält, daß die Stadt sich durch die Versicherungsgesellschaft Atlas, bei der sie gegen Haftpflicht versichert ist, zu einer Ablehnung seiner berechtigten Ansprüche zwingen lasse. Der Herr Vorsteher meint, die Versammlung könne nichts anderes tun, als über die Sache zur Tagesordnung übergehen. Der Prozeß gehe auf das Risiko des Atlas. Die Stadt sei durch den Vertrag gebunden.

Herr Stv. Föhring: Atlas hat von seinem Standpunkte aus ein Recht, die Haftpflicht abzulehnen, wenn er die Ansprüche für nicht begründet hält. Atlas ist der Ansicht, das Tumultgelee könne auf den Rohlandschen Fall keine Anwendung finden. Militär sei bei den Ausschreitungen im Spiel gewesen, infolgedessen glaube Atlas, müsse das Reich und nicht die Stadt für diesen durch das Militär verursachten Schaden haften. — Die Versammlung beschließt Uebergang zur Tagesordnung.

Auf einer anonymen Postkarte wird die Einrichtung von Entkräftungsanstalten gefordert, da in Halle die Kräfte grassiere. Der Herr Vorsteher meint, es genüge, den Magistrat von der Sache zu unterrichten, damit er die Gesundheitsorgane darauf aufmerksam mache. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Für die Stadtverordnetenwahlen werden 330 Beisitzer, je 6 für 55 Stimmbezirke, gewählt. Auf die Mitteilung der Namen kann an dieser Stelle verzichtet werden. (Ref. Herr Stv. Borges.)

2. In den Schulausschuß für das Lyzeum und die Frauenschule werden gewählt Geheimrat Gerhard, Dr. Keil, Frau Justizrat Hündorf, Frau Geheime Oberregierungsrat Meyer. (Ref. Herr Stv. Föhring.)

3. Nach einem Referat des Herrn Stv. Hoe wird genehmigt, daß von Ostern ab die Vorschulen eingehen. Das bedeutet die Aufhebung der Vorschule des Stadtgymnasiums sowie der drei unteren Klassen des Lyzeums. Das bedeutet, daß die Vorschule des Stadtgymnasiums sowie die drei unteren Klassen des Lyzeums und der Mittelschulen jahrgangsweise eingehen. Die Höchstzahl der Kinder in den Aufnahmeklassen der

Grundschule

wird auf 50 und in den übrigen Klassen der Grundschule auf 45 festgesetzt. Es werden zwei Lehrer von der Vorschule, drei Lehrer und fünf Lehrerinnen von der Mittelschule an die Volksschule versetzt, zwei unbesetzte Lehrerstellen am Lyzeum und sechs unbesetzte an den Mittelschulen eingezogen, dafür aber an den Volksschulen achtzehn neue Stellen, und zwar dreizehn Lehrer- und fünf Lehrerinnenstellen neugründet. Zur Anstellung von Hilfslehrerinnen bewilligt man 20 000 Mark.

In der Begründung führt der Referent aus, daß der Magistrat damit einem von der Versammlung wiederholt ausgesprochenen Wunsch nachkommt. Dabei teilt er folgende Ziffern mit: vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 wurden hier 4170 Kinder geboren, davon starben bisher 1073, so daß seit Ostern 1918 3097 schulpflichtig sind. Im nächsten Jahre wurden geboren 4018, wovon Ostern 1919 3196 schulpflichtig sind. Im nächsten Jahre wurden geboren 4018, wovon Ostern 1919 3196 schulpflichtig werden. Von den 1914 geborenen 3886 Schulkindern werden 1920 3103 schulpflichtig, die anderen sind gestorben. Für 1915 sind die entsprechenden Zahlen 3735 geboren, bisher 982 gestorben, 1921 schulpflichtig 2753 Kinder; 1916 geboren 2925, bisher gestorben 717, 1922 werden schulpflichtig 2008; 1917 geboren 2474, gestorben 659, es werden 1923 schulpflichtig 1815 Kinder; 1918 geboren 2405, gestorben 675, schulpflichtig noch 1730 Kinder. Wenn nicht die Einwohnerzahl unserer Stadt durch Zuzug in den nächsten Jahren sprunghaft wächst, was kaum anzunehmen ist, darf man also mit einer starken Abnahme der Schulkinderzahl von Ostern 1922 ab rechnen. Die Kinderzahl der einzelnen Klassen wird mitbin auch ohne Vermehrung der Klassen gemaltig sinken. Darum will man sich für die Jahre 1919 bis 1922 mit Hilfskräften behelfen.

Herr Stv. Völker: Mit dieser Vorlage wird in der Schulreform zunächst erst mal der dringendste Schritt getan. So kommt man am besten vorwärts. Ich bin ein Freund der Grundschule. Ich stehe aber nicht auf dem Standpunkt, daß unsere Schulen bisher nichts geleistet haben und nun erst die Einheitsschule alles Heil bringen müsse. Es wird auch in Zukunft mit Wasser gekocht werden. Manches Ideal wird man nicht verwirklichen können, da uns künftig die Mittel fehlen werden. Der Schritt, den wir jetzt tun, bedeutet aber eine Hebung der Volksschule, Selbstverständlich ist mit diesem ersten Schritt nicht alles getan. Die Volksschule muß zu einem Bau mit Licht und Sonne ausgestaltet werden. Wir müssen auch mehr Spielplätze anlegen. Der Spielplatz auf der Peißnitz ist schön, aber in der Stadt selbst brauchen wir noch dringend Spielplätze. Unsere Jugend ist zu sehr eingengt; ließe sich das ändern, würde sie besser gedeihen. Es ist ein richtiges Prinzip, kinderreichen Familien Erleichterungen insofern zu gewähren, daß die Lasten des Schulgeldes durch die Allgemeinheit getragen werden.

Herr Stv. Hennig: Auch ich begrüße diesen ersten Schritt der Schulreform, wenn es auch nur erst ein Anfang ist. Wir wissen, daß noch sehr viel geschehen muß. So ist es ein Mangel, daß wir die Standesschulen, die sich auf den drei Unterstufen aufbauen, noch bestehen lassen. Wir müssen den Weg zum organischen Anschluß an die Mittelschulen und höheren Schulen finden. Die Frage, ob wir die Mittelschulen erhalten sollen, verneine ich, denn auch die Mittelschule ist eine Standesschule. Schulgeldfreiheit muß für alle Schulen bestehen. Von den Lehrern möchte ich öffentlich anerkennen, daß sie in den letzten Monaten recht rege an der Schulreform gearbeitet und ihre pädagogische Erfahrung der Oeffentlichkeit übermittelt haben. Mit der Einführung der Grundschule muß aber Geist und Inhalt unseres Schulwesens geändert werden. Die Frage ist brennend, wie wir den Geschichtsunterricht gestalten müssen, wo jetzt die Grundschule ins Leben tritt. Die Verherrlichung der Hohenzollern muß heraus aus den Büchern, die Religion muß Moralunterricht werden, der geschichtliche Teil im Geschichtsunterricht behandelt werden.

Herr Stv. Borges: Mit dem Thema Einheitsschule können wir uns heute nicht beschäftigen. Wohl aber ist es dringend nötig, daß im Zusammenhang mit der Gründung der Grundschule das Kindergartenwesen erörtert wird. Der Kindergarten ist die Vorausetzung für die Grundschule. Wenn in der Grundschule plötzlich aus den verschiedensten wirtschaftlichen, sozialen Schichten die Kinder zusammenströmen, so hat das pädagogische Bedenken; der Kindergarten gleicht da aus. Herr Rektor Gaupe verlangt in seiner ausgezeichneten Schrift über die Einheitsschule als Fundament den Kindergarten. Mir wäre es lieb, wenn wir wie die Stadt Frankfurt solche

Volkskindergärten

schleunigst einrichten würden. Wir haben einen Musterkindergarten in der Bötcke-Lehmann-Stiftung. Da wäre es vielleicht nicht schwer, die Sache zu organisieren. Der erste Jahrgang der Grundschule, der Ostern beginnt, bleibt natürlich noch ohne diese ausgleichende Vorbereitung. Ich frage den Magistrat, ob beabsichtigt ist, auf dem Gebiet der Volkskindergärten Versäumtes nachzuholen.

Herr Stadtschulrat Brendel: Wir sind Freunde der Volkskindergärten, wir teilen auch die Bedenken, die es hat, wenn in der Grundschule ohne solche Vorbereitung die Kinder aller Stände zusammenkommen. Wir hatten außer dem Bötcke-Lehmann-Kindergarten noch einen im Alters- und Pflegeheim; wir mußten ihn aus Mangel an Raum eingehen lassen. Es war nicht möglich, geeignete Räume zu finden, als er dort heraus mußte. Man muß in der Beurteilung der Frage immer bedenken, daß die Volkskindergärten in der Stadt einzurichten sind, nicht an der Peripherie, denn die kleinen Kinder können bei schlechtem Wetter

Die Welt ohne Licht.

Novelle von Hans Seefeld.

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ach nein, noch etwas recht Hübsches, vielleicht noch ein Gedicht bitte!" Renate griff nach einem kleinen Buche, das sie mitgebracht hatte, und tat dem tapferen Jungen den Willen.

„Wir, die wir leben, greifen mit vollen Händen
In mächtiger Siege blühende Krone
Schmetterndes Klingen an allen Enden,
Zieh' hinaus, daß es die Helden belohne! —

Sie, die fielen drücken ein kostbar Siegel
Auf dieser Zeit unsterbliche Schöne —
Bebend deckt unser Herz die heil'gen Flügel
Ueber die Gräber herrlicher Söhne."

„Wie wunderschön!" sagte leise der junge blinde Kriegsfreiwillige. „Kameraden, wir verloren viel! — Aber es ist kein Opfer zu hoch dafür, in der unsterblichen Kraft und Schönheit unserer Zeit gelebt zu haben!"

Sie alle, die wackeren Feldgrauen, pflichteten dem jungen begeisterten Kriegsfreiwilligen bei; dann dankten sie höflich der treuen Freundin, der Schwester Renate, an der sie mit herzlicher Verehrung hingen, und standen auf. Jeder fand einen Platz im Garten und nahm seine Beschäftigung, die dort bereit lag: irgendeine Handarbeit, bei der der Tatsinn allein fertig werden konnte. Der eine flocht zierliche Körbe aus Peddigrohr, ein anderer knüpfte Hängematten; wo es fehlte, half Renate nach.

„Den Knoten fester ziehen — so! — Den Zeigefinger nicht loslassen, bis die Schlinge sitzt. Noch einmal. Sehen Sie, es wird schon gehen! Nur Geduld!"

So ging Renate von einem zum andern, bis eine andere Helferin kam, sie abzulösen.

Wenn der Abend kam, saß sie fast immer ein Stündchen am See. Sie brauchte diese Zeit des Alleinseins und des Sichsammelns, sonst konnte sie nicht schlafen. Dort schaute sie über das glitzernde Wasser und überdachte den Tag, dachte an all ihre Sorgenkinder und freute sich, wenn sie etwas erreicht hatte.

Dies Freuen tat ihr not, daß sie nicht müde wurde, denn es war oft schwer, ein ganzes Leben zu geben für die, die im Dunkel gingen. Und doch war es leichter als die endlos langen Tage ohne Pflichten, die sie früher hatte leben müssen, leichter als dies ziellose Sichbeschäftigen, nur um die Zeit zu vertreiben. Wie schön, daß jetzt so viele sie brauchten, so viele an ihr hingen in Liebe, Dankbarkeit und Verehrung.

Ja, es waren viele. Und wenn es auch nur ein einziger gewesen wäre, für den sie zu sorgen hätte, das Leben wäre ihr nicht mehr inhaltlos und leer gewesen. Lieb war ihr ihre Arbeit, denn lieb waren ihr die Menschen, für die sie lebte — um so lieber, je mehr sie ihrer bedurften.

Renate wußte, daß die Zeit, die sie ihren blinden Freunden widmete, für die meisten der Grundstein zu ihrem kommenden Leben wurde. Sie lernten unter ihrer Führung doch, daß Trauern und Grübeln über ihre Lage das Leben nur schwerer machen und daß ihr Herz immer freier und froher wurde, je mehr sie Geist und Hände regten.

Sie nahmen Anteil aneinander, sie lebten in einer ungetrübten Freundschaft, wie in einer großen Familie. Kein dunkles Wetter, kein feindseliger Blick störten ihren Frieden, wenn sie sich erst zurechtgefunden hatten. Dazu half einer dem andern und ihnen allen zusammen Schwester Renate.

Sie hätte so gern auch Hans Eberhard unter ihren Freunden gehabt. Sie wußte, wie gut ihm das tun würde. Aber er blieb eigensinnig in seinem eigenen Hause, von dessen Schönheit er nichts mehr sah, und die vielen einsamen Stunden machten wieder schwankend, was Renate aufbaute in der kurzen Zeit, die sie ihm widmen konnte.

Er brauchte mehr als die andern, denn er entbehrte mehr! Renate stützte den Kopf in die Hand und sah wieder in das glitzernde Wasser. Sie dachte mit einem glücklichen Lächeln daran, wie er ihre Hand gehalten und gefüßt hatte. Und daß er hatte so gern wissen wollen, ob sie jung oder alt sei. Sie dachte an alle seine kleinen Ritterlichkeiten, die die Männer so wohl kleiden, und die Frauen so gern haben, und sie freute sich, daß sie morgen wieder bei ihm sein sollte. Er war vorwärtsgekommen in den acht Tagen, die sie nun schon zu ihm kam. Nicht nur in der Blindenschrift, nein, auch seelisch und körperlich. Aber es ging so sehr langsam, weil die viele Einsamkeit ihn immer wieder zurückbrachte. Alles kann der Mensch entbehren, nur den Menschen nicht! Sollte nicht auch Hans Eberhard endlich wieder leben und froh sein lernen und sein Schicksal ertragen?

Die Welt ist nicht vollkommen, und es gibt wohl kein Menschenleben, das nicht auch eine große, unerfüllbare Sehnsucht hat. Er sollte nur begreifen, daß sein Leben darum nicht wertlos ist. Es fiel ihr ein, wie sie vor Jahren ebenso trotzig und vergebens dagegen gekämpft hatte. Hans Eberhard zuliebe, damals, als er um die Hand ihrer schönen Schwester warb, und daß nun eine Zeit gekommen war, da ihre Liebe ihm not tat.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190218011/fragment/page=0003

weite Wege nicht machen. Was die Grundschule anlangt, so sehen Sie, daß wir die Zahl der Schüler beschränken. Außerdem wollen wir die alte bewährte Einrichtung des Abteilungsunterrichtes beibehalten, durch die Kinder, die nicht in dem regulären Unterricht gleich folgen können, besonders behandelt werden. Die Stundenzahl beschränken wir auf 20.

Herr Stv. Hoe: Herrn Hennigs Sorge über den Geschichtsunterricht erübrigt sich insofern, als es den in der Unterklasse der Grundschule nicht gibt. Auf Lebensstücke, z. B. auch solche über die Hohenzollern, wird man wohl nicht verzichten wollen; denn Tatsache ist doch nun einmal, daß die Hohenzollern etwas für unseren Staat geleistet haben. (Zuruf des Herrn Stv. Osterburg: Das ist eben unwahr! Die Hohenzollern haben für das Volk nichts geleistet. Herr Vorsteher Keil: Ich bitte doch Herrn Osterburg, unsere Gefühle zu schonen. Wir werden uns über diesen Punkt wohl nicht verständigen.) Für den Unterricht müssen wir alles Gute und Schöne zusammentragen, wo wir es auch immer finden, und dürfen dabei keine Nebenrücksichten walten lassen.

Herr Stv. Völker: Es hat etwas Bedenkliches an sich, wenn in der Grundschule die Kinder aus den verschiedensten Anschauungskreisen zusammen unterrichtet werden, ohne daß vorher der Volkskindergarten ausgleichend gewirkt hat. Trotz der Wohnungsschwierigkeiten in Halle muß es aber auch hier möglich sein, Volkskindergärten einzurichten. Für die Beibehaltung der Mittelschule als einer Standesschule bin ich natürlich nicht, aber die Frage der Beseitigung der Mittelschule oder ihrer Eingliederung in das neue Schulsystem können wir der kommenden Stadtverordnetenversammlung überlassen.

Die Vorlage des Magistrats wird genehmigt.

4. Desgleichen der Haushaltsplan der Geschwister-Röser-Stiftung. (Ref. Herr Stv. Dehne.)

Punkt 5: Abgabe von Fahnen, ist erledigt.

6. Der Vertrag mit dem Hotelbesitzer Stünkel von der Goldenen Kugel wird bis 1930 verlängert. Herr Stünkel zahlt für die Vermietung des Platzes, auf dem er den Hotelvorbau errichtet hat, 1000 Mark Jahresmiete, für die Ausschmückung durch die Gartenverwaltung zahlt er künftig die erhöhte Summe von 600 Mark. (Ref. Herr Stv. Blumentritt.)

7. Die Wohnung im ersten Obergeschoß des Grundstückes Kurallee 12 wird für 1400 Mark Jahresmiete bis 1922 an Herrn Professor Steinbrück weiter vermietet. (Ref. Herr Stv. Rabe.)

8. Ferner wird der Mietvertrag mit Frau Reinicke über die Erdgeschoßwohnung Kurallee 12 bis 1921 zum Mietspreise von 1500 Mark verlängert. (Derselbe Referent.)

9. und 10. Die Versammlung beschließt, daß die Schulhausmänner in den Weihnachts- und Osterferien bei dem Reinigen der Fenster sowie im ganzen Winterhalbjahr bei dem Putzen der Scheiben in den Windfängen sich von den Kehrfrauen helfen lassen können, daß ferner die Ehefrauen der Hausmänner bei der Krankenkasse angemeldet werden und daß den Hausmännern je eine Gasflamme oder elektrische Lampe in der Wohnstube und in der Küche ohne Entgelt bewilligt wird.

Herr Stv. Gerig wünscht, daß auch für die Sommerferien die Hausmänner beim Fensterputzen Hilfe von den Kehrfrauen erhalten sollen.

Herr Stv. Hoe weist darauf hin, daß die Schulhausmänner viel Arbeit haben, die sie nicht bewältigen können ohne Hilfe ihrer Familienglieder.

Herr Stadtrat Brendel entgegnet, das treffe nur für den Winter während der Zeit der Heizung zu, im Sommer hätten die Hausleute einen sehr bequemen Posten. Alle Stände warnen sonst vor ihrem Beruf, nur die Hausmänner, wenn sie von ihrem Amt zurücktreten, bitten regelmäßig, daß andere Mitglieder der Familie, Brüder usw. den Posten bekommen möchten.

Die Magistratsvorlage wird angenommen. Außerhalb der Tagesordnung macht Herr Stv. Finger noch Mitteilungen über jenen Leinenankauf, der der städtischen Altkleiderstelle durch den Soldatenrat vermittelt ist, und weist nach, daß die Altkleiderstelle, wie auch der Soldatenrat an sich als Korporation, in jeder Weise korrekt gehandelt haben. Wir kommen im Abendblatt darauf zurück.

Provinzial-Nachrichten.

+ **Bitterfeld**, 17. Februar (Fette Beute.) Ein Einbruchsdiebstahl wurde in einer der letzten Nächte in einem am Plan belegenen Grundstück ausgeführt. Hierbei sind aus der Räucherkammer desselben 13 Schinken, 12 Speckseiten, 3 Stück Rindfleisch und 32 Würste gestohlen worden.

XX **Mühlberg a. E.**, 16. Februar. (Amtsniederlegung.) Nach öfteren, schon seit Jahren wiederholten Differenzen mit dem Bürgermeister hatte Herr Zimmermeister August Muschter sein Amt als Magistratsmitglied niedergelegt. In einer der letzten Stadtverordnetensitzungen beschäftigten sich beide städtische Körperschaften im Beisein einer zahlreichen Zuhörerschaft mit einer Reihe von Anschuldigungen verschiedener Art, die Herr M. erhoben hatte. Sie wurden sämtlich gegenstandslos befunden, so daß der angegriffene Bürgermeister nicht nur gerechtfertigt wurde, sondern sogar der Ankläger mehrfach bloßgestellt worden ist.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 17. Februar. Die schweren neuen Waffenstillstandsbedingungen und die Spartakistenumtriebe im Ruhrrevier haben die Börse in einen hohen Grad von Mutlosigkeit versetzt. Es kam dies weniger in dringendem Angebot und scharfem Rückgange der Kurse zum Ausdruck, als in dem Mangel jeglicher Unternehmungslust. Es herrschte die Ansicht vor, daß unsere Industriewerte trotz aller ungünstigen Verhältnisse sehr niedrig im Kurse ständen. Namentlich mit Rücksicht auf den ungünstigen Stand unserer Valuta. Auf allen Gebieten überwog natürlich das Angebot die Kauflust, und dementsprechend sind für deutsche Papiere fast ausnahmslos Kursrückgänge zu verzeichnen. Der Umfang der Rückgänge war aber recht verschieden. Bismarckhütte verloren 6 Prozent, während Oberschlesische Eisenindustrie sich ziemlich behaupten konnten, und auch Hohenlohe blieben unverändert. Sonstige Hütten- und Bergwerksaktien büßten 2—3 Proz. ein. Von Rüstungswerten verloren Daimler ziemlich 10 Prozent. Auch Deutsche Kali gaben um mehrere Prozent nach. Besonders fest waren Lombarden, Prinz-Heinrich-Bahn, Schantungbahn und Große Berliner Straßenbahn. Türkische Tabakaktien stellten sich wie Orientbahn niedriger. Am Anlagemarkt waren deutsche Anleihen matt, während ausländische, besonders Mexikaner und Chinesen, Kursgewinne erzielten.

Leipziger Werkzeugfabrik vorm. W. von Pittler, Akt.-Ges. in Wahren bei Leipzig. In der Aufsichtsratssitzung wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1918 vorgelegt. Das Fabrikationskonto zeigt einen Rohgewinn von 2 496 407 (2 820 567) Mk., der sich um Zinsen von 396 836 (238 998) Mk. und den Vortrag von 368 610 (285 553) Mk. auf 3 261 654 (3 345 119) Mk. erhöht. Die Handlungsunkosten betragen 486 851 (425 997) Mk., die Abschreibungen 519 932 (254 956) Mk. und der Reingewinn 2 254 870 (2 664 185) Mk., der wie folgt verwendet werden soll: 975 000 (1 020 000) Mk. Rückstellungen für Kriegsgewinnsteuer. 210 000 (280 000) Mk. vertraglicher Gewinnanteil, 93 333 (115 555) Mk. satzungsgemäßer Gewinnanteil an den Aufsichtsrat und 750 000 (900 000) Mk. zu 25 (30) Prozent Dividende, 226 537 (368 610) Mark Vortrag auf neue Rechnung. Die ordentliche Generalversammlung, die für den 29. März einberufen wird, soll außerdem beschließen, den Aktionären für je 10 000 Mk. Aktien eine Gratisaktie zu Lasten des Dispositionsfonds zur Verfügung zu stellen.

Die Sulfatkonvention erhöhte mit Wirkung ab 1. März mit behördlicher Genehmigung die Preise für gemahlenen Sulfat von 12 auf 15, für ungemahlenen von 11 auf 14 Mark pro Doppelzentner.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner: Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler, Druck und Verlag von Otto Hendel.

Geschäfts-Anzeiger.

Alle Haararbeiten

Zöpfe in allen Preislagen. Ersatzteile i. größter Auswahl. Versand nach Einsendung einer Haarprobe.
Hauben-Netze Stück 1.50 Mk. Dtzd. 17.40 Mk.
Kopfwäsche mit Frisur 2 Mark.
Ankauf v. ausgekämmtem **Damenhaar.**
Zopf-Siebert, Halle, Leipziger Str. 33.

Auskunfteien.
Beyrich & Greve, Gr. Steinst. 31 I.

Abfuhr-Institute.
Emil Barse, Kellnerstr. 1 Tel. 4297

Beerdigungs-Institute,
M. Burkel, Kl. Steinstr. 4.

Bilderrahmen-Fabrik.
Joh. Mende, Mittelstr. 4. Tel. 2821.

Bohnermasse.
Tapetenhaus Gerstemann, Alt. Markt 3

Buchführungs- und Steuerarbeiten
Bücherrevisor Jaenicke, Kl. Brauhausstr. 7. Tel. 3965

Bücher u. Zeitschriften.
Modenzeit. i. Abonn. frei Haus Buchhandlg. Jeutzsch, Annenstr. 3.

Bürstenwaren.
A. Kunzemann, Leipzigerstraße 25, Fernsprecher 2869.

Damenputz
Anna Arnold, Leipziger Straße 25 I.

El. Licht- u. Kraftanl., Beleuchtungsk., Klingel- u. Tel.-Anl., Umänd. all. Gas- u. Petroleuml. i. El.
Franz Berger A. d. Universität 13 Tel. 2332

El. Licht- u. Kraft-Anl., Klingel-Tel.-, Blitzabl.- u. Beleuchtungsk.
L. Rissland, Dryanderstraße 2b. Tel. 1231 Gegründet 1872

Wasch- u. Plättanstalt
Spez.: Herren-Stärkewäsche
L. Trabert, Kl. Ulrichstr. Nr. 5.

Kohlen, Briketts, Koks
Telephon 5914. Telephon 5914

Michel

Michel-Briketts
anerkannt beste Marke.
Hallesch. Kohl.- u. Brik.-Kontor Merseb. Str., Ecke Schmiedstr. und anderen Händlern.

Einrahmungen.
Joh. Mende, Mittelstr. 4. T. 2821
G. A. Noll, Gr. Steinstr. 69.

Kinderwagen u. Korbwaren.
Th. Lühr, Leipzigerstr. 94, T. 6198

Korsetts u. Leibbinden
Spezial-Korsettfabrik
Bernhard Haeni,
Schmeerstr. 2. Fernspr. 2795.

Lederhandlung
C. Friedrich Nachf., Brüderstr. 13

Malerschablonen.
Tapetenhaus Gerstemann, Alt. Markt 3

Markttaschen
Max Löschke, Alter Markt 3.

Massage u. Heilgymnastik.
Ed. Neumann, Friedrichstr. 35. I

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
Georg Schaible, Gr. Märkerstr 2

Nähmaschinen.
auch Reparaturen.
Singer Co., Nähm.-A.-G.
Leipziger Str. 23.

Optiker optische Anstalten.
R. Kleemann, Moritzzwinger 9.

Rechtsbüro W. Hess. Anhalter Straße 7 II r. Reklamation., Gesuche und alle Rechtssachen

Schreibmasch. u. Reparaturen
Spez.-Reparaturwerkst. a. Systeme.
M. Knauth, Kl. Ulrichstr. 1, T. 4013.

Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann das gute
Scheffelbrot.

Schirme, Stocke, Pfeifen.
E. Korras ..., Leipzigerstr. ...

Tapeten.
Tapetenhaus Gerstemann, Alt. Markt.

Künstliche Zähne
Behandlung kranker Zähne, Zahnfüllungen.
Zahn-Heilanstalt von A. Neubauer, (vorm. Britannia), Gr. Ulrichstr. 11. II. Fernr. 2365.
Sehr mässige Preise

Wer ist in Rußland gewesen?

In Belgien, Frankreich, Polen, Italien, Rumänien usw? - Haben Sie schon einmal daran gedacht, die Sprachkenntnisse, die Sie sich dort erworben haben, weiter auszubauen? Glauben Sie nicht, daß Sie sich damit Kenntnisse erwerben, die sich später tausendfach bezahlt machen können? Wir geben Ihnen den wohlgemeinten Rat, jetzt, wo Sie sich etwas in die fremde Sprache hineingefunden haben, Ihre Kenntnisse zu vervollständigen. Das können Sie leicht und bequem, ohne Schulbesuch und ohne Lehrer, wenn Sie nach der Methode Toussaint-Langenscheidt studieren. Versäumen Sie nicht diese nie wiederkehrende Gelegenheit für Ihr späteres Fortkommen etwas zu tun. Schreiben Sie heute noch eine Postkarte an uns und verlangen Sie unseren ausführlichen Prospekt Nr. 59 unter Angabe der für Sie in Frage kommenden Sprache. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29/30.

V1323/1
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Unterricht

Dr. Krause's höhere Lehranstalt, verbunden mit Knaben-Vorschule,
bereitet für **alle Klassen** der höheren Schulen vor. Beginn des Schuljahres 1. April. Anmeldung der Lernanfänger täglich 12—1 Uhr bei dem Unterzeichneten, A284/1
Dr. Busse, Heinrichstraße 14.
Fernruf 4975.

Suche für meinen
Privatturnzirkel
noch einige jung. **Damen.** Unterricht in erstklassig ausgestatteter Turnhalle im deutschen und schwedischen Turnen, in Volkstänzen und rhythmischen Übungen. Erprobte Winke in geschicktem und anmutigem Gebrauch von Kraft und Muskulatur für das praktische Leben der Frau. h 1009
Dorothea Clages,
ehem. Seminarturnlehrerin,
Sprechzt. Vorm. v. 10—12, Torstr. 57 a.

Vermietungen

Poststraße 8,
grosser Laden
m 2 **Nebenräumen** 1. April evt. später zu verm. Vorzügl. geeignet f. Ausstellung od. Büroräume. Näheres daselbst I. Stock

Zu verkaufen

Vornehmes zweistöckiges Privathaus, auch f. Lo e. Vereinshaus od. zu Verwaltungszwecken geeignet, an der Promenade (nähe Franckeplatz) und elektr. Bahn zwischen beiden Bahnhöfen (von jedem 10 Min. entfernt) gelegen (drei Fronten) mit 13 Zimmern, zahlreichen Nebenräumen und Wirtschaftsgelaß, groß. Stallgebäude (event. Garage) und Kutscherwohnung, Garten mit alten, schönen Bäumen am Hause, 822 qm groß, zwecks Nachlaßregelung sofort zu verkaufen. Gefl. Anfragen unter S. 516 an **Haasenstein & Vogler,** Halle, Gr. Ulrichstraße 63. A 156 5

Wohnhaus,
gut verzinslich, mit festen geregelten Hypotheken z. verkaufen. Offert. unt. B. C. 6943 a. Rud. Mosse, Brüderstr. 4. A284/5

Industrie-Grundstück in Halle, ca. 500 m v. Marktpl. entfernt, in verkehrsr. Straße, m. gut. Wohn- u. neu mass. Fabr.-Gebäuden, ca. 3000 qm an d. Straße Läden, f. 235000 M. ca. 60000 M Anzahlg.) erbteilhalber verkäufl. Anfragen u. R. 606 an **Haasenstein & Vogler,** Halle a. S., erbeten. A167/5

Die Hausgrundstücke:
Magdeburgerstraße 47.
Forsterstraße 11 und 48,
Bernburgerstraße 30,
Bergstraße 7,
Lindenstraße 10,
sind verkäuflich. **A.-G. für Grundstücksverwertung,** Halle a. d. S., Steinweg 20 a, Telephon 1468. A167/5

Kaufgesuche

Wein-, Sekt- und Wasserflaschen, Badeöfen, defekte, Bogenlampen, Staniol, Oefen kauft und holt ab
Ludwig,
Schwetschkestr. 14, Tel. 4187

Kaninchenfelle,
Hasenfelle, sowie alle anderen Sorten Felle, Häute, Tierhaare und Wolle kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178.

Ziegen-, Hasen- und Kaninchenfelle, Roßhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen.
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2, Telephon 1178

Alt-Messing
Kupfer, Rotguss, Neusilber, Zinn, :: Zink, Blei ::
kauft zum **Einschmelzen**
Ferd. Haassengier,
Metallgiesserei,
Barfüßerstr. 9 Fernr. 1196

Geldverkehr

An- und Verkauf, Beleihung von A37/1
Kriegsanleihen
und aller sonstigen
Wertpapiere.
L. Schönlicht, Bankgeschäft
Poststr. (Stadt Hamburg)

Vermischtes

Krepp-Papier.
Kunstleder-Artikel, Kunstblätter, Tablett-Deckchen aus Papier
J. Zoebisch, Große Steinstr. 82

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in grosser Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik
Gr. Märkerstrasse 26
am Ratskeller.

Gutes dauerhaftes Gummiband f. Strumpfbänder k. man bei **H. Schnee Nchf.** Gr. Steinstr. 84

Packpapier
empfiehlt
J. Zoebisch, Große Steinstr. 82

Im Töchterheim
„Hilde-Margarete“
Ballenstedt a. H.
finden jg. Mädchen liebevolle Aufn. z. Kräft. d. Gesundh. u. gründl. Erlern. des Haushaltes, Fortbild. i. Mus. u. Wissensch. a.0274. Näh. d. Prosp.

Saalwachs-pulver
in bekannt guter Qualität liefert V692 1
Max Ott,
Steinweg 26.

Drucksachen
für Geschäft u. Haus in allen Ausführungen bei
J. Zoebisch, Grosse Steinstr. 82

Jalousien!
liefert und repariert
Hönemann
Bauhof 1. Tel. 3631.

Preiswert u. gut
kaufen Sie sämtliche
Unterzeuge, Strumpfwaren
in dem ersten Spezialgeschäft
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84. Gegründ. 1838.

H. Schnee Nachf.
Gr. Steinstr. 84.
Erstes Spezialgeschäft f. gute Strumpfwaren u. Trikotagen.

In unserem
Verkehrs- u. Leseraum
Gr. Ulrichstr. 52
befindet sich eine sehr grosse, reichhaltige
Leihbibliothek
über 30000 Bände!
Ständige Ergänzung durch die wichtigsten u. besten Neuerscheinungen.
Jedermann kann sich daselbst Bücher ausleihen
Die Bezieher unserer Zeitung zahlen die Hälfte der Leihgebühr.

Wegen Aufgabe des Artikels verkaufe unter Einkauf
Wasch-Pulver!!
vom K.-A. genehmigt in Paketen, Fässern sowie kleine Posten
F. W. Paul Richter,
Meckelstr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190218011/fragment/page=0004